

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur Erklärung der Bundesregierung vom 14. Januar 1982

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. sicherzustellen, daß Hilfspakete nach Polen vorläufig auf die Dauer von sechs Monaten von der Deutschen Bundespost portofrei nach Polen befördert werden,
2. mit der polnischen Postverwaltung dahin gehend zu verhandeln, daß diese für die Zeit eines portofreien Transports der Hilfspakete nach Polen auf die ihr nach dem Postpaketabkommen des Weltpostvereins zustehende Endgebühr verzichtet,
3. für die Zeit des kostenlosen Transports gegenüber der Deutschen Bundespost in Höhe des Gebührenaufschlags auf die Ablieferung an den Bundeshaushalt zu verzichten.

Bonn, den 13. Januar 1982

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Infolge der großen existenziellen Not der Menschen in Polen ist eine große spontane Hilfsaktion von Bürgern und caritativen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland entstanden. Die Zahl der Hilfspakete hat sich binnen kurzem mehr als verdoppelt. 1981 dürften es mehr als zwei Millionen Pakete geworden sein. Diese Hilfsaktion gilt es nach Kräften zu unterstützen.

Die hohen Postgebühren, die schon einen beachtlichen Teil der Hilfsmittel binden, belasten die Absender schwer und wirken vielfach wie eine Barriere. Deshalb sollte die Deutsche Bundespost dem schwedischen Beispiel folgen und für die Dauer des Kriegsrechtes in Polen keine Gebühren für den Versand von Hilfspaketen nach Polen erheben. Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, über die Deutsche Bundespost Verhandlungen mit der polnischen Postverwaltung dahin gehend aufzunehm-

men, daß diese während des kostenlosen Transports von Hilfspaketen nach Polen auf die ihr nach dem Postpaketabkommen des Weltpostvereins zustehende Endgebühr verzichtet. Da es sich hier gleichermaßen auch um eine politisch humanitäre Hilfe handelt, sollte die Bundesregierung für die Dauer des Gebührenverzichts in Höhe des Gebührenaufschlags auf die Ablieferung an den Bundeshaushalt verzichten. Dies umso mehr, als kaum vorstellbar ist, daß der Bundesfinanzminister an der Not der Menschen in Polen und der caritativen Gesinnung der Bundesbürger – wenn auch nur mit 10 v. H. – partizipieren will.